

Der Landesbehindertenbeauftragte, Am Markt 20, 28195 Bremen

Umweltbetrieb Bremen
Bereich Planung und Bau - Referat Planung
Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen
Kris Gysbrechts
Willy-Brandt-Platz 7
28215 Bremen

Auskunft erteilt
Frau Birkner
Bremische Bürgerschaft
Raum 410 Börsenhof A

Tel. (0421) 361-18182
Fax (0421) 496-18181
E-Mail: office@lbb.bremen.de
Internet: www.lbb.bremen.de

Datum und Zeichen 02.10.2018
Ihres Schreibens

Mein Zeichen 125-18 ABP

Bremen, 18.10.2018

Sanierung und Umgestaltung des Buntentordeichs im Rahmen der Wohnfeldverbesserung im Ortsteil Huckelriede

Sehr geehrter Herr Gysbrechts,

der Landesbehindertenbeauftragte nimmt auf Grund Ihres Schreibens vom 02.10.2018 zu den von Ihnen überlassenen Unterlagen zu der Sanierung und Umgestaltung des Buntentordeichs im Rahmen der Wohnfeldverbesserung im Ortsteil Huckelriede u.a. wie folgt Stellung:

1. Nach § 8 Abs. 2 des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG) sind sonstige bauliche oder andere Anlagen des Landes und der Stadtgemeinden, öffentliche Wege, Plätze und Straßen sowie öffentlich zugängliche Verkehrsanlagen und Beförderungsmittel im öffentlichen Personennahverkehr nach Maßgabe der einschlägigen Rechtsvorschriften barrierefrei zu gestalten.
Gemäß § 10 Abs. 1 S. 2 des Bremischen Landesstraßengesetzes (BremLStrG) haben die Träger der Straßenbaulast nach ihrer Leistungsfähigkeit die Straßen so zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder zu verbessern, dass sie dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügen. Dabei sind die sonstigen öffentlichen Belange einschließlich des Umweltschutzes sowie Behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen mit dem Ziel, möglichst weitreichende Barrierefreiheit zu erreichen, zu berücksichtigen. Diese Anforderungen an eine möglichst weitreichende Barrierefreiheit sind in der „Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten“ vom 01.03.2016 (Drs. der Brem. Bürgerschaft 19/113 S) für die Stadtgemeinde Bremen konkretisiert und verbindlich geregelt worden. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Richtlinie verwiesen.

Allgemein

Insbesondere die nachstehenden Punkte sollten bei der Planung Berücksichtigung finden, sofern von diesen Bauweisen Gebrauch gemacht wird.

Getrennte Überquerungsstelle mit differenzierter Bordhöhe

Die oben beschriebene sogenannte „doppelte Querungsstelle“ ist in der DIN 18040-3:2014-12. unter Punkt 5.3.2.1 unter a) und b) zu finden. Dort heißt es: *„Eine getrennte Überquerungsstelle weist folgende Elemente auf:*

- a) *Einen Bord mit einer Bordhöhe von mindestens 6 cm für blinde und sehbehinderte Menschen. Dieser Bord muss eindeutig auffindbar sowie einschließlich der Übergangsbereiche zum angrenzenden abgesenkten Bord visuell kontrastierend zur Fahrbahn ausgebildet sein. Die eindeutige Auffindbarkeit des Bordes für blinde und sehbehinderte Menschen ist bei einer Kombination von Auffindestreifen und Richtungsfeld nach DIN 32984 sichergestellt.*

- b) *Einen auf Fahrbahnniveau abgesenkten Bord für Rollstuhl- und Rollatornutzer (Nullabsenkung). Dieser Bord muss grundsätzlich auf eine Breite von 1,00 m begrenzt sowie taktil und visuell mit einem Sperrfeld nach DIN 32984, einschließlich der angrenzenden Verziehungen bis zu einer Bordhöhe von 3 cm, gesichert werden. Eine Nullabsenkung mit einer Breite von mehr als 1,00 m sollte nur dann angeordnet werden, wenn an der Überquerungsstelle mit hohem Fußgängeraufkommen zu rechnen ist.“*

Um den Bereich für eine Bordabsenkung bis auf Fahrbahnniveau, breiter als 1 m zu gestalten, sind entsprechend der oben zitierten DIN-Norm unter dem genannten Punkt 5.3.2.1 die beschriebenen Vorgaben einzuhalten.

Bordsteinabsenkungen

Des Weiteren sind Bordsteinabsenkungen auf 3 cm ebenfalls entsprechend der DIN 18040-3:2014-12 auszuführen. Die korrekte Bauweise befindet sich in der vorgenannten DIN-Norm unter Punkt 5.3.2.2 Gemeinsame Überquerungsstellen mit 3 cm Bordhöhe unter a) dort heißt es:

„...einen in ganzer Überquerungsstellenbreite auf 3 cm abgesenkten Bord, der mit einer Ausrundung der Bordkante von $r = 20$ mm versehen sein sollte, zur Berücksichtigung der Belange sowohl von Rollstuhl- und Rollatornutzern als auch blinden Menschen“.

2. Für die vorliegende Planung ergibt sich aus den vorgenannten Regelungen im Einzelnen folgendes:

A) Zur taktilen Abgrenzung, zwischen Geh- und Radweg in der Boßdorfstraße, ist es notwendig einen Trennstreifen bestehend aus Kleinsteinpflaster vorzusehen. Die Bauweise kann der zitierten Richtlinie entnommen werden.

B) Aus Ihren Planungsunterlagen ergibt sich nicht, ob die Einmündung in die angrenzende Parkanlage an die Boßdorfstraße/ Buntentorsdeich taktil von der restlichen Gehwegfläche abgesetzt wird, beispielsweise durch Verwendung von unterschiedlichen Pflastermaterialien, oder ob eine Abgrenzung nur durch die Weiterführung der inneren Leitlinie mittels Rinne erfolgen soll.

C) Die geplanten Sitzelemente, in Form von Parkbänken, sollen ebenfalls den Standards der Barrierefreiheit entsprechen. Diese sind in der DIN 18040-3 beschrieben.

Weiter ergibt sich nicht, welches Pflastermaterial im Bereich der Parkbänke gewählt wurde. Auf Naturgroßsteinpflaster hierbei möglichst zu verzichten, da dieses Material nicht den Standards der Barrierefreiheit entspricht.

D) Des Weiteren sind Bordsteinabsenkungen auf 3 cm ebenfalls entsprechend der DIN 18040-3:2014-12 auszuführen. Die korrekte Bauweise befindet sich in der vorgenannten DIN-Norm unter Punkt 5.3.2.2 Gemeinsame Überquerungsstellen mit 3 cm Bordhöhe unter a) dort heißt es:

„...einen in ganzer Überquerungsstellenbreite auf 3 cm abgesenkten Bord, der mit einer Ausrundung der Bordkante von $r = 20$ mm versehen sein sollte, zur Berücksichtigung der Belange sowohl von Rollstuhl- und Rollatornutzern als auch blinden Menschen“.

Folglich möchte ich Sie bitten, uns erneute im Rahmen der Ausführungsplanung zu beteiligen.

Sollten hierzu nach Fragen bestehen, stehe ich Ihnen jeder Zeit gerne zur Verfügung.

Im Auftrag

Monique Birkner

Büro des Landesbehindertenbeauftragten